

Beschlussempfehlung und Bericht

des Sportausschusses (5. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Britta Katharina Dassler, Pascal Kober, Stephan Thomae, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/29204 –

Sport- und Trainingsbetrieb bundesweit wieder ermöglichen

A. Problem

Der bundesweite Lockdown zur Eindämmung der Corona-Pandemie stellt für alle gesellschaftlichen Bereiche eine große Belastung dar. Auch der Sport und dessen Vereins- und Verbandslandschaft mit über 27 Millionen Mitgliedern in rund 90.000 Sportvereinen unter dem Dach des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) sowie die rund 11 Millionen Mitglieder in Fitnessstudios unterliegen breiten Einschränkungen. Die den Antrag tragende Fraktion der FDP stellt fest, dass Fitnessstudios und Sportvereine einen entscheidenden Beitrag für die Gesundheit der Bevölkerung leisteten. Vereine, Verbände, Breiten- und Spitzensportler, Ehrenamtliche, Kinder und Familien stünden vor den größten Herausforderungen, die es bis dato in der Bundesrepublik Deutschland gegeben habe. Der Großteil der Sportvereine könne sich durch treue Mitglieder oder kreative Angebote sprichwörtlich über Wasser halten, allerdings lasse das ehrenamtliche Engagement nach. Durch die Auswirkungen der Pandemie gerieten Vereine in existenzbedrohende Finanzlagen, geltende Verbote trügen zu einem Vereinssterben und Ausbluten des Breiten- und Spitzensports bei. Die gesamte Bandbreite vom Kinder- und Jugendsport bis hin zu den Spitzensportlerinnen und Spitzensportlern leide.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/29204 abzulehnen.

Berlin, den 19. Mai 2021

Der Sportausschuss

Dagmar Freitag
Vorsitzende

Dieter Stier
Berichterstatter

Mahmut Özdemir (Duisburg)
Berichterstatter

Jörn König
Berichterstatter

Britta Katharina Dassler
Berichterstatterin

Dr. André Hahn
Berichterstatter

Monika Lazar
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Dieter Stier, Mahmut Özdemir (Duisburg), Jörn König, Britta Katharina Dassler, Dr. André Hahn und Monika Lazar

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf der **Drucksache 19/29204** in seiner 227. Sitzung am 6. Mai 2021 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung an den Sportausschuss und zur Mitberatung an den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und an den Ausschuss für Gesundheit überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die den Antrag tragende Fraktion der FDP fordert den Deutschen Bundestag auf festzustellen, dass sich Corona über die Pandemie hinaus zu einer umfassenden Gesundheitskrise ausgeweitet habe. Die Diskussion um die Gesundheit der Menschen werde dennoch hauptsächlich auf das Infektionsgeschehen oder die Inzidenzwerte beschränkt, die Gesundheit gerate allgemein an vielen Stellen aus dem Blick, die Auswirkungen der Schließungen von Sportstätten und der Nutzen von Sport für die Pandemiebekämpfung würden bei den politischen Entscheidungen bislang noch überhaupt nicht berücksichtigt und es fehle ein ganzheitliches Gesundheitsverständnis für eine ganzheitliche Pandemiebekämpfung. Der bundesweite Lockdown stelle eine große Belastung für alle Bereiche der Gesellschaft dar, sei nicht nur eine Gefahr für die Wirtschaft, die Gesundheit der Bevölkerung und das bürgerschaftliche Engagement, sondern auch für den gesamtdeutschen Sport und damit verbunden für dessen Vereins- und Verbandslandschaft mit über 27 Millionen Mitgliedern in rund 90.000 Sportvereinen unter dem Dach des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) und für die rund 11 Millionen Mitglieder in Fitnessstudios. Fitnessstudios und Sportvereine mit ihrem breiten Leistungsangebot und ihrer hohen Mitgliederzahl leisteten einen entscheidenden Beitrag für die Gesundheit der Bevölkerung. Bundesweit stünden Vereine, Verbände, Breiten- und Spitzensportler, Ehrenamtliche, Kinder und Familien vor den größten Herausforderungen, die es bis dato in der Bundesrepublik Deutschland gegeben habe. Mittlerweile trügen die seit langem geltenden Verbote zu einem zunehmenden Vereinssterben bei, darunter litten gleichermaßen die allgemeine sportliche Ausbildung im Kinder- und Jugendsport genauso wie die trainingswissenschaftliche Ausbildung und Belastungssteuerung der Spitzensportlerinnen und Spitzensportler. Darüber hinaus trügen regelmäßige sportliche Aktivitäten und eine guter allgemeiner Fitnesszustand maßgeblich zum persönlichen Wohlbefinden und zu einem guten physischen sowie psychischen Gesundheitszustand eines jeden Einzelnen bei. Forscher, unter anderem der Deutschen Sporthochschule Köln, der TU München und des Universitätsklinikums Ulm, kämen zu dem Ergebnis, dass körperliches Training den Körper besser auf die Verarbeitung einer COVID-19-Infektion vorbereite.

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel aufgefordert werden,

1. Regelungen zu treffen, die eine echte Nutzen-Risiko-Abwägung abhängig vom Infektionsgeschehen, den Gegebenheiten in den jeweiligen Sportanlagen, den Testmöglichkeiten sowie Impffortschritten und dem jeweiligen Hygienekonzept unter hinreichender Berücksichtigung der gesundheitsförderlichen Wirkung sportlicher Aktivitäten zulassen;
2. gemeinnützigen Sportvereinen ab sofort kostenlos und nach Bedarf Corona-Schnelltests oder Selbsttests zur Verfügung zu stellen, um aktiven Mitgliedern, die vor Trainingsbeginn keinen tagesaktuellen, negativen Test nachweisen können, im Ausnahmefall zu testen und bei negativer Testung diesen Mitgliedern das Sporttreiben im Rahmen des Spiel- und Trainingsbetriebs zu ermöglichen. Den Regelfall stellen die Tests in Schulen, vom Arbeitgeber oder aus vorhandenen öffentlichen Teststationen dar. Hierzu sollte die Bundesregierung in Abstimmung mit den Ländern im Rahmen der Sportministerkonferenz, dem Deutschen Olympischen Sportbund sowie den Landessportbünden treten und entsprechend koordinieren;

3. Bundesprogramme zu Sportangeboten für Menschen mit Behinderungen aufzulegen, damit bestehende Strukturen des inklusiven Sportangebots während der Pandemie bestmöglich erhalten und ausgebaut werden mit dem Ziel, die Teilhabe von Menschen mit Behinderung am Sport zu fördern;
4. sozialwissenschaftliche Forschungen auf Grundlage repräsentativer Daten einzuleiten, um die Auswirkungen der Pandemie auf das Wirken des bürgerschaftlichen Engagements in Sportvereinen zu ergründen, damit
 - a) Bundesprogramme aufgelegt werden, um das Ehrenamt im Sport zu stärken und bestmöglich aufrechtzuerhalten,
 - b) ein Forschungsfeld erstellt wird, das sich mit möglichen Folgen von Pandemien auf das bürgerliche Engagement im Sport auseinandersetzt;
5. sportwissenschaftliche Forschungen auf Grundlage repräsentativer Daten und trainingswissenschaftlicher Werte einzuleiten, um die Auswirkungen der Pandemie auf das sportliche Leistungsniveau in Sportvereinen bzw. Olympiastützpunkten zu ergründen, damit Auswirkungen
 - a) auf den Spitzensport und Bundeskaderathleten,
 - b) auf den Breitensport und Freizeitsportler,
 - c) sowie auf den Kinder- und Jugendsport eruiert werden und daraus Gegenmaßnahmen und Förderprogramme eingeleitet werden, um das sportliche Leistungsniveau von der Breite bis in die Spitze aufrechtzuerhalten;
6. Studien in Auftrag zu geben, welche die gesundheitlichen Wirkungen von sportlichen Aktivitäten zur Milderung von Infektionserkrankungen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie untersuchen;
7. Studien in Auftrag zu geben, welche die gesundheitlichen Auswirkungen der Schließungen beziehungsweise Beschränkungen der Angebote der Fitnessstudios und Sportvereine systematisch untersuchen;
8. bei den Wirtschaftshilfen hinreichend zu berücksichtigen, dass Pferdesportvereine und Pferdebetriebe mit lebenden Tieren arbeiten, welche auch bei Schließungen mit ungemindertem Aufwand versorgt und bewegt werden müssen.

III. Stellungnahme der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag auf Drucksache 19/29204 in seiner 97. Sitzung am 19. Mai 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE., den Antrag auf Drucksache 19/29204 abzulehnen

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat den Antrag auf Drucksache 19/29204 in seiner 168. Sitzung am 19. Mai 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE., den Antrag auf Drucksache 19/29204 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Sportausschuss hat den Antrag auf Drucksache 19/29204 in seiner 75. Sitzung am 19. Mai 2021 beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärte, dass die FDP-Fraktion fordere, Regelungen zu treffen, die eine echte Nutzen-Risiko-Abwägung abhängig vom Infektionsgeschehen, den Gegebenheiten in den jeweiligen Sportanlagen, den Testmöglichkeiten sowie Impffortschritten und dem jeweiligen Hygienekonzept unter hinreichender Berücksichtigung der gesundheitsförderlichen Wirkung sportlicher Aktivitäten zuließen. Ferner sollten u. a. gemeinnützigen Sportvereinen ab sofort kostenlos Corona-Schnelltests oder Selbsttests zur Verfügung gestellt werden. Auch würden Bundesprogramme für Sportangebote speziell für Menschen mit Behinderungen sowie das Ehrenamt im

Sport gefordert, wie auch zahlreiche sportwissenschaftliche bzw. leistungsphysiologische Studien. Die Koalitionsfraktionen hätten einen eigenen Antrag (zum 14. Sportbericht der Bundesregierung) angekündigt, der speziell auf die Auswirkungen der Corona-Pandemie ausgerichtet sei und einen Neustart im Spitzensport und Breitensport unterstützen werde. Wissenschaftliche Studien zu den einzelnen Bereichen würden bereits von verschiedenen Instituten in Deutschland erarbeitet. Mit dem prognostizierten Impffortschritt und einer stark nachlassenden Inzidenz seien weitere Öffnungsperspektiven in künftige Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Die für den Breitensport verantwortlichen Bundesländer erwägen bereits verschiedene Szenarien. Daher sei der Antrag der FDP-Fraktion abzulehnen.

Die **Fraktion der SPD** betonte, dass aufgrund der Entwicklung der Corona-Pandemie in Deutschland die Impfkampagne durch ergänzende Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung habe flankiert werden müssen. Dass es dieser Schritte bedürfte, lasse sich an der positiven Entwicklung des bundesweiten Inzidenzwerts der vergangenen Wochen ablesen. Richtig sei aber auch, dass wissenschaftliche Erkenntnisse den Nutzen des Sporttreibens für den präventiven Gesundheitsschutz ebenso untermauerten wie die geringen Ansteckungsrisiken bei Aktivitäten unter freiem Himmel. Deshalb werde die SPD-Fraktion weiterhin für angemessene und vertretbare Konzepte zur sportlichen Betätigung im Sinne präventiven Gesundheitsschutzes eintreten. Sie sei zuversichtlich, dass mit steigender Impfquote und weiter sinkenden Inzidenzen sowie mit tatkräftiger Unterstützung des organisierten Sports der reguläre Sportbetrieb in Sportvereinen und Fitnessstudios unter Einhaltung der notwendigen Hygienemaßnahmen zügig wiederaufgenommen werden könne. Sie begrüße daher die von ihr bereits seit längerem geforderte Kampagne des Deutschen Olympischen Sportbundes „Draußen muss drin sein“ für eine schnellstmögliche Wiederaufnahme des organisierten Sportbetriebs unter freiem Himmel.

Die **Fraktion der AfD** erklärte, sie unterstütze den Antrag der FDP-Fraktion. Die im Titel des Antrags genannte Forderung sei auch die Forderung der AfD-Fraktion und zwar schon seit Beginn der Einschränkungen des Sportbetriebs im Jahr 2020. Die AfD-Fraktion habe immer betont, dass der Sport nicht Teil des Problems der Corona-Krise sei, sondern ein Teil von deren Lösung sein könne. Die AfD-Fraktion habe schon seit Mitte 2020 mehrere Anträge mit ähnlichen Inhalten gestellt. Die AfD-Fraktion kritisiere, wie auch die antragstellende FDP-Fraktion, insbesondere auch, dass die Schließung von Sportstätten und damit verbunden ein nahezu vollständiges Sportverbot (außer im Profi- und im rein privaten Bereich) bei den politischen Entscheidungen nicht berücksichtigt worden seien und trotz der Bedeutung des Sports in den Beratungs- und Entscheidungsrunden keine Rolle gespielt hätten. Die AfD-Fraktion habe von Beginn an die Schließung von Sportstätten kritisiert und deren sofortige Öffnung gefordert. Die AfD-Fraktion sehe, wie auch die antragstellende Fraktion der FDP, in der Schließung von Sportstätten zum einen eine Gefahr für die Gesundheit der Bevölkerung, zum anderen erhebliche negative Auswirkungen auf den organisierten Kinder-, Jugend- und Breitensport, eine Gefahr für die Existenz von Sportvereinen und langfristige Auswirkungen bis in den Spitzensport hinein.

Die **Fraktion der FDP** stellte heraus, dass die im Antrag enthaltenen Forderungen ab sofort umzusetzen seien, um die Fitness und Gesundheitsförderung der Bundesbürger schnellstmöglich wieder zu gewährleisten und dem Vereinssterben durch Austritte von Mitgliedern während der Corona-Pandemie und des Lockdowns entgegenzuwirken. Nach Ansicht der Fraktion der FDP stünden dahingehend die Gesundheit der Bevölkerung, das Vorbeugen psychischer sowie dem Lockdown geschuldeter Erkrankungen im Mittelpunkt des Antrags, was einen nicht zu unterschätzenden Wert für die gegenwärtige und zukünftige Gesundheitspolitik des Bundes darstelle. Zu guter Letzt seien die geforderten sportwissenschaftlichen Forschungen auf Grundlage repräsentativer Daten und trainingswissenschaftlicher Werte, um die Auswirkungen der Pandemie auf das sportliche Leistungsniveau in Sportvereinen bzw. Olympiastützpunkten zu ergründen, wichtig, um gegenwärtige und zukünftige Auswirkungen durch Pandemien auf den Sport mit entsprechenden Programmen und Maßnahmen vorbeugen zu können.

Die **Fraktion DIE LINKE** betonte, mit der FDP in der Einschätzung übereinzustimmen, dass die Corona-Pandemie gravierende Auswirkungen auf den Sport habe, vor allem auf die Menschen, die seit Monaten keinen bzw. nur eingeschränkt Sport treiben könnten, sowie die Sportvereine und Sportbetriebe. Dies betreffe sowohl den Schul- und Breitensport wie auch den Gesundheitssport sowie den Spitzensport und Profisport. Insofern seien kurzfristige Maßnahmen ebenso erforderlich wie mittel- und langfristige Programme. Neben den von der Fraktion der FDP durchaus berechtigten Forderungen nach diversen Studien seien aus Sicht der Fraktion DIE LINKE mehr praktische Maßnahmen erforderlich, um wieder Sport für alle während und nach der Corona-Pandemie zu ermöglichen. Dazu habe die Fraktion DIE LINKE entsprechende Anträge und Vorschläge unterbreitet, u. a. mit dem Antrag für einen 3. Goldenen Plan Sportstätten sowie dem Änderungsantrag zum 4. Infektionsschutzgesetz auf Bundestagsdrucksache 19/28758. Leider habe die Fraktion der FDP diesen Anträgen nicht zugestimmt. Völlig

unberücksichtigt seien im FDP-Antrag die Verantwortung von Ländern und Kommunen für den Sport und deren Zusammenwirken mit dem Bund, auch hinsichtlich der hier aufgestellten Forderungen. Deshalb habe sich die Fraktion DIE LINKE. der Stimme enthalten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** hob hervor, dass sich der Sportausschuss in den letzten Monaten laufend mit den Folgen der Corona-Pandemie auf den Sport befasst habe. Inzwischen gebe es auf Inzidenzen gestützte Öffnungsperspektiven für den Vereinssport und es würden auch bereits mehrere Öffnungsprojekte des Sports mit Begleitung durch Wissenschaft und Behörden durchgeführt. Daher sehe man den vorliegenden Antrag in einigen Bereichen als überholt an. Sehr positiv stehe man der Forderung nach einer Ausweitung der wissenschaftlichen Forschung zu den Folgen der Pandemie, insbesondere den gesundheitlichen Auswirkungen, gegenüber. Hier sehe man den Bund in der Pflicht, mit dem Bundesinstitut für Sportwissenschaft seinen Beitrag zu leisten.

Der **Sportausschuss** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE., den Antrag auf Drucksache 19/29204 abzulehnen.

Berlin, den 19. Mai 2021

Dieter Stier
Berichterstatte

Mahmut Özdemir (Duisburg)
Berichterstatte

Jörn König
Berichterstatte

Britta Katharina Dassler
Berichterstatte

Dr. André Hahn
Berichterstatte

Monika Lazar
Berichterstatte

